

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telefax: 8 85 848 pbbn d
Telefax: 21 06 64



Inhalt

Elmar Schmähling zur
Notwendigkeit, den
Golfkrieg zu verhin-
dern: Politik und Säbel-
rasseln.

Seite 1

Hans Wallow MdB zur
Diskussion über den
Regierungs- und Par-
lamentssitz: Wer die
Berliner mag, stimmt für
Bonn

Seite 4

Peter Büchner MdB
zum Umgang mit dem
Doping-Problem: Eine
Chance für den deut-
schen Sport?

Seite 5

46. Jahrgang / 1

2. Januar 1991

Politik statt Säbelrasseln!

Zur Notwendigkeit, den Golfkrieg zu verhindern

Von Elmar Schmähling
Flottillenadmiral a.D.

Die ganze Welt scheint sich in das Unvermeidliche zu fügen: Es gibt Krieg am Golf.

Erklärungen und Gesprächsangebote zur friedlichen Konfliktbeilegung sind nur noch Mittel der psychologischen Kriegsführung und "Public Relation", mit der das eigene Volk auf Gefolgschaft und die Weltmeinung auf Unterstützung der eigenen kompromißlosen Haltung getrimmt werden sollen.

Wie immer, wenn die Politik am Ende ist, schlägt die Stunde der Militärs. Für diese, die vorgeben, immer "alles im Griff" zu haben, sind indes Nachdenklichkeit und Zweifel nur Defätismus. Ihre scheinbar so schlüssigen Kriegspläne, ihre verführerisch einfachen Lösungen sind dann die letzte Zuflucht hilfloser Machthaber. So, wie jetzt fünf Minuten vor Zwölf im Golfkonflikt.

Zwar wird in den USA inzwischen kaum noch behauptet, der Irak könnte mit "chirurgischen Schlägen" innerhalb von ein paar Tagen in die Knie gezwungen werden. Auch das Prahlens von Luftwaffengenerälen, mit dem schlagartigen Ausschalten der irakischen Luftstreitkräfte und dem massenhaften Töten irakischer Soldaten aus der Luft könnte der Rest sehr schnell zur Kapitulation gebracht werden, ist verstummt.

Kritiker erinnern die uniformierten Maulhelden an die Erfahrungen aus früheren Kriegen. Immer wieder haben gut eingegrabene Landsler selbst die schwersten Bombardements überlebt und danach dem Angreifer zu Land vernichtende Verluste zugefügt.

Einen Krieg gegen die starken irakischen Streitkräfte vorzubereiten, stellt die amerikanischen Militärplaner vor Probleme, die sich von denen der jüngeren Feldzüge radikal unterscheiden. In Grenada und Panama standen die Amerikaner Guerrilleros, Milizionären oder paramilitärischen Kämpfern gegenüber, die kaum mehr als ein paar Tage Widerstand leisten konnten.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 22,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Verkehrlicher Umgang
mit vermehrten Rohstoffen
Recycling-Papier



Der Irak verfügt aber über einen professionellen Militärapparat. Die im Wüstenkrieg erprobten irakischen Pioniere sind als Experten in der Anlage von äußerst wirksamen Verteidigungsstellungen bekannt. Bis zum Ablauf des Ultimatums haben die irakischen Besatzungstruppen Zeit genug, um Verteidigungsstellungen und Fallen für angreifende Panzerverbände zu bauen. Während die Verteidiger in Kuwait selbst nahezu unverwundbar hinter Sandwällen verschanzt sind, könnten die internationalen Angreifer leicht in sogenannte "killing grounds" hineinkanalisiert werden. Dort erwarten sie Minenfelder, Panzerfallen und Gräben, die mit Öl gefüllt und angezündet werden. Die so gestoppten Panzer der Angreifer werden leichte Ziele für Geschützfeuer und Panzerabwehrraketen (bester deutsch-französischer Bauart).

Ein Frontalangriff auf die irakischen Besatzungstreitkräfte in Kuwait wäre somit mit sehr hohen Menschenopfern verbunden. Zehntausende kuwaitische Zivilpersonen würden bei den Kämpfen Straße um Straße und Ölquelle um Ölquelle getötet. Ein solches Vorgehen der Amerikaner wäre ein Rückfall in die alten Fehler, wie sie in Vietnam begangen wurden: Niederbrennen der Dörfer, um sie vor dem Feind zu retten.

Es sind aber gar nicht die großen militärischen Risiken eines solchen Vorgehens, die ganz andere Kriegspläne der USA wahrscheinlich machen. Die Befreiung Kuwaits von den irakischen Besatzern ist ja nur das von den Vereinten Nationen verliehene Aushängeschild für einen amerikanischen Angriffs- und Vernichtungskrieg gegen Saddam Hussein.

Den Vereinigten Staaten, getrieben von Israel, ging es und geht es in Wahrheit von Anfang an um die Vernichtung des irakischen Militärpotentials, der erwiesenen chemischen Waffenkapazität und der Forschungsprogramme für atomare und biologische Waffen.

Deshalb könnte auch die Räumung Kuwaits durch den Irak einen Krieg kaum verhindern. Daher baut Bush Saddam Hussein keine Brücke. Den eigentlichen amerikanischen Kriegszielen dient somit das folgende skizzenartig umrissene militärische Vorgehen viel besser: Der Hauptstoß der amerikanischen Luft- und Landstreitkräfte richtet sich auf die Invasion Iraks mit dem Ziel der Einnahme Bagdads. Kuwait wird umgangen. Die Versorgung der dort liegenden irakischen Truppen wird abgeschnitten. Die arabischen und europäischen Verbündeten verwickeln sie in Scharmützel, um die Iraker dort zu binden. Der Krieg wird mit massiven strategischen Luftangriffen durch B 52-Bomber und von Schiffen gestarteten Marschflugkörpern gegen Rüstungsbetriebe, besonders die Fabriken für die Herstellung chemischer Waffen eröffnet. Luftüberlegenheit der Anti-Bagdad-Koalition wird wegen deren quantitativen und qualitativen Stärke bereits nach drei Kriegstagen erwartet. Spätestens nach drei Monaten soll die irakische Hauptstadt von US-Truppen eingenommen werden.

Soweit die angenommenen Pläne.

Auf dem Wege zu ihrer Realisierung liegen jedoch unzählige militärische Risiken. Um nur einige zu nennen: Die US-Streitkräfte setzen Waffensysteme und neuartige Munition ein, die noch nicht erprobt sind. Von einigen modernen Waffen ist bekannt, daß sie unzuverlässig sind. Die Koordination von Aktionen verschiedener Nationen stößt nicht nur auf Sprachprobleme. Die Ausrüstung und die Konzepte sind zu unterschiedlich. Westliche und östliche Aufklärungs-, Ortungs- und Waffensysteme sind bei "Freund" und "Feind" gleichermaßen vertreten. Das heißt es wird nicht zu vermeiden sein, daß sich "Freunde" gegenseitig bekämpfen, weil die Waffentechnik sich nicht als "freundlich" erkennt. Gelände- und Wetterbedingungen werden den amerikanischen und europäischen Soldaten zu schaffen machen.

Die "Gesamtkosten" eines solchen Krieges werden groß sein, rechnet das angesehene amerikanische "Zentrum für Verteidigungsinformationen" vor. 45.000 amerikanische Opfer, davon etwa 10.000 Tote, 150.000 irakische Kriegsoffer, davon etwa 35.000 Tote. Die anderen arabischen und europäischen Streitkräfte würden etwa 10- 15.000 Opfer erleiden. Mehr als 100.000 Zivilpersonen würden allein in Bagdad getötet oder verletzt werden.

Ungefähr 50 Milliarden Dollar würden nach Schätzungen dieses Instituts der amerikanische Aufmarsch, der Krieg und ein Jahr Besatzung kosten. Die politischen und globalen wirtschaftli-

chen Kosten eines Krieges gegen den Irak sind unkalkulierbar. Der frühere Berater von Präsident Carter, Zbigniew Brzezinski, erwartet Kosten von einer Milliarde Dollar pro Kriegstag und den Zusammenbruch der Weltwirtschaft, nicht allein wegen des Anstiegs der Rohölkosten auf das Doppelte bis Dreifache des heutigen Preises.

Auch das Einsetzen einer pro-westlichen Regierung nach Saddam Hussein wäre keine Gewähr für Frieden und Stabilität in der Region. Eine längere Präsenz amerikanischer Streitkräfte in arabischen Ländern wird die anti-westlichen und anti-israelischen Gefühle der Bevölkerung erneut verstärken.

Bei uns wird zunehmend die Frage gestellt, unter welchen Bedingungen deutsche Streitkräfte und deutsche Soldaten doch noch in einen heißen Golfkrieg hineingezogen werden könnten.

Das NATO-Mitglied Türkei hat zur Verstärkung einer Südflanke das Hauptquartier in Brüssel um die Entsendung von Teilen der AMF (Allied Mobile Force), der mobilen Verstärkungsgruppe der NATO, nachgesucht. An dieser Truppe, deren Kommandozentrale in Heidelberg liegt, sind auch deutsche Verbände beteiligt, unter anderem Kampfflugzeuge aus Oldenburg. Da die NATO-Regeln die Stationierung von ausländischen Streitkräfte in jedem NATO-Land, also auch deutsche in der Türkei jederzeit (auch im Frieden) zulassen, könnte die deutsche Regierung dem türkischen Ersuchen nachkommen.

Damit ist jedoch nicht die Erlaubnis verbunden, deutsche Soldaten an Kampfhandlungen zu beteiligen.

Das Grundgesetz läßt den Einsatz deutscher Streitkräfte auch im Rahmen der NATO nur zur Verteidigung zu. Wann der Verteidigungsfall anzunehmen ist, stellt allein das deutsche Parlament (mit Zweidrittelmehrheit) fest.

Der NATO-Vertrag kennt keine automatische Beistandsverpflichtung. Das heißt selbst wenn ein anderer NATO-Staat militärisch angegriffen wird, entscheidet das deutsche Parlament souverän, ob und in welcher Form Deutschland reagiert.

Im konkreten Fall eines denkbaren Angriffs irakischer Streitkräfte gegen die Türkei - besonders wenn dem der Einsatz amerikanischer Flugzeuge von türkischen Stützpunkten gegen den Irak vorausgegangen ist - würde kaum das deutsche Parlament dem Einsatz deutscher Truppen zustimmen. Die erforderliche Mehrheit wäre - selbst wenn Brüssel den 'NATO-Fall' konstruieren wollte - nicht zu erhalten. Eine große Gruppe sozialdemokratischer Abgeordneter hat erst kürzlich klargestellt, daß sie einem Einsatz deutscher Soldaten im Golfkonflikt, das heißt auch einer Änderung des Grundgesetzes, nicht zustimmen würden.

Die Verlegung deutscher Streitkräfte in die Türkei, das heißt in ein Gebiet, wo sie irakischen Angriffen ausgesetzt sein könnten, wäre politisch besonders unverantwortlich. Sie könnten nur Ziel und Opfer sein.

Noch kann der Krieg am Golf verhindert werden. An die Stelle von immer lauterem Säbelraseln muß aber wieder Politik gesetzt werden. Gegenwärtig begibt sich Bush in seiner Kompromißlosigkeit auf die Stufe des Rechtsbrechers Hussein. Moralische Empörung über den aggressiven Diktatur schlägt in blanke Kriegstreiberei um.

Und die Deutschen sehen dem aufziehenden Drama wie gelähmt zu. Sie weigern sich noch zu erkennen, daß sie längst Täter und Opfer dieses Krieges sind. Opfer, weil die politischen und wirtschaftlichen Folgen dieses Krieges global sein werden. Täter, weil sie mit ihren scharfmacherischen Durchhalteparolen, mit Mark, Masken und Munition auch ihren aktiven Beitrag zum Krieg leisten.

(-/2. Januar 1991/rs/fr)

Wer die Berliner mag, stimmt für Bonn

Gedanken zur Diskussion über den Regierungs- und Parlamentssitz

Von Hans Wallow MdB

'Watt warn wa doch ne schöne Provinzstadt - Dat habta nu davon!' So stöhnte eine der berühmten Berliner Schnauzen lauthals im vollgepöfsten Bus der Linie 100 zwischen dem Bahnhof Zoo und dem Reichstag. Alles nickte. - Die Berliner fühlen sich offensichtlich überfordert. Außer den offiziellen Repräsentanten der Stadt kreischt niemand vor Begeisterung bei der Aussicht, daß Berlin wieder Sitz von Parlament und Regierung werden könnte.

'Um an eine Wohnung zu kommen, brauchts 'Vitamin B', muß eine hohe Kautions hinterlegen, Schmiergeld und eine horrende Miete zahlen', erzählte eine Schneiderin aus Aschaffenburg, die seit Monaten mit ihrer Freundin in einer Pension wohnt. - Die Wohnungsnot ist unvorstellbar. Seit Öffnung der Mauer sind die Mieten auf dem freien Markt um DM 500 bis 1.000 gestiegen. Bei einer Verlagerung des Parlaments- und Regierungssitz nach Berlin würden nicht nur gut zahlende Abgeordnete sondern auch Diplomaten, Lobbyisten, Spitzenbeamte und Manager, der Stiftungen sowie der zahlreichen Verbände zu Konkurrenten auf dem Berliner Wohnungsmarkt. Wer unterliegen wird, kann sich jeder ausmalen. Dort wo jetzt schon das Gesetz des real-existierenden ungezügeltten Kapitalismus herrscht, wird mit der Verlegung des Parlaments- und Regierungssitzes die Lunte an den sozialen Sprengsatz gelegt.

Die Wohnungsnot ist nur ein Problem, das sich bei einem Wechsel von Parlament - und Regierung und Parlament nach Berlin zur Unverträglichkeit verschärft. Auch der Verkehr kollabiert jetzt schon zweimal täglich. Was passiert, wenn permanente Absperrungen bei Staatsbesuchen das Zentrum der Hauptstadt lahm legen? Die Berliner sehen das alles schon praktisch und reagieren zurückhaltend bis ablehnend. Drei von vier Taxifahrern sagten bei der Frage nach der Hauptstadtfunktion, 'nein, danke!' Von den MdB's die sich zur Konstituierung des 12. Deutschen Bundestages im Berliner Reichstag versammelten, ist durch den praktischen Anschauungsunterricht die Zahl der Berlinbefürworter wohl kleiner geworden.

Wer der Hauptstadt und seiner Bevölkerung wohlgesonnen ist, wird gegen eine weitere Belastung stimmen. Praktisch verschärft eine Verlegung des Parlaments- und Regierungssitzes alle jetzt schon existierenden Probleme. Staatspolitisch besteht keine Notwendigkeit für einen Wechsel, denn die Sehnsucht von Spitzenpolitikern nach einer beeindruckenden, machtvollen Kulisse entspricht einem überkommenden Staatsverständnis.

Außerdem: Bonn steht dem Lebensgefühl der Bundesrepublikaner viel näher als die Metropole an der Spree. Die Stadt steht nach der Nazidiktatur und der kommunistischen Oligarchie in der ehemaligen DDR für ein positives Deutschlandbild in der Welt. Eine Chance für ein positives Selbstvertrauen der neuen Bundesrepublik. Frei von überheblichem Nationalismus hin zu einem demokratisch erarbeiteten Selbstverständnis der Zivilgesellschaft Bundesrepublik.

(-/2. Januar 1991/rs/fr)

Eine Chance für den deutschen Sport? Zum Umgang mit dem Doping-Problem

Von Peter BÜCHNER MdB
Stellvertretender Vorsitzender des Sportbeirats beim SPD-Partelvorstand

Einigkeit und Vereinigung sollte gefeiert werden. Beides geschah auch. Aus Anlaß des 40jährigen Bestehens des DSB und des Beitritts der Landesverbände aus den fünf neuen Bundesländern. Der DSB - schon vor der Vereinigung die mitgliederstärksten Personenorganisation dieser Republik - ist noch größer geworden: Mehr als 24 Millionen Mitglieder in 75.000 Vereinen.

Historisch das Ereignis, sicherlich. Und doch stand im Mittelpunkt des Interesses beim DSB-Bundestag kürzlich in Hannover ein Problem, das noch gründlicher an den Festen des Sports rüttelt, als die Schwierigkeiten bei der Vereinigung: Doping. So sehr man sich auch bemühte, den Kongreß nicht zum Dopingtribunal werden zu lassen, so verbreitete sich die zutreffende Erkenntnis, die Zukunft des Sports hänge davon ab, ob das Dopingproblem bewältigt werde, möglichst schnell jedenfalls gründlich.

Der Lage angemessen deshalb radikale Worte des Präsidenten und eine Resolution, die Betroffenheit signalisierte und Entschlossenheit, aber auch an den beschränkten Kompetenzen eines Dachverbandes gemessen werden muß. Die Einsetzung einer unabhängigen Kommission zur Aufarbeitung der Vergangenheit und zur Rettung der Zukunft.

Der Schlüssel jedoch liegt bei den Fachverbänden. Von ihnen kommen die Athleten/innen, Trainer/innen, Betreuer/innen und die Funktionäre/innen, die direkt "Betroffene" sind.

Bezeichnenderweise war es der Sprecher der Aktiven, der Ruderweltmeister Volker Grabow, der am deutlichsten wurde: Das Ausmaß sei größer als bis jetzt bekannt und man fordere mehr Ehrlichkeit, mehr Offenheit, mehr Kontrollen - zu jeder Zeit und überall - unabhängig von internationalen Regelungen.

Sehr deutlich auch Herbert Kurze, Präsident des deutschen Eissportverbandes, "Grand Seigneur" und Ehrenmitglied des DSB: Die "Athleten sind schutzwürdig". "Die Verantwortlichen müssen sich von uns verabschieden".

Viel wird davon abhängen, ob dies auch geschieht. Momentan sieht es allerdings gar nicht danach aus. Erforderlichste Folge könnten und müßten sogar über den Sport hinaus Konsequenzen haben: Hat man sich beispielsweise bei den Ärzteverbänden einmal die Frage gestellt, ob die Verabreichung verbotener Mittel zum Zweck der Leistungsmanipulation mit dem Eid und dem Ehrenkodex von Ärzten vereinbar ist und Folgen für die Approbation haben müßte?

Auch beim Dopingproblem gilt: Beim "Höhentraining" in Spitzengremien und unabhängigen Kommissionen können nur die Voraussetzungen geschaffen werden. Erfolge müssen in der täglichen Praxis der Fachverbände erkämpft werden. Bei der notwendigen Selbstreinigung des Sports muß jedenfalls für Ärzte, Trainer, Betreuer und Funktionäre gelten - und natürlich auch für die weibliche Form solcher, wenn auch der DSB-Bundestag bei den Bezeichnungen in der Satzung erneut gescheitert ist -, das Dracula nicht zum Leiter einer Blutbank taugt.

Daran denkt man unwillkürlich, wenn die "Verantwortung der Politik" ins Spiel kommt. So ist es mehr als ein Unglück, daß ausgerechnet die Einrichtungen des Forschungsinstituts für Körperkultur und Sport in Leipzig und das Dopinglabor in Kreischa im Einigungsvertrag verankert wurden, von denen jeder wissen konnte, daß dort Doping massenweise praktiziert und die Kontrollen mit wissenschaftlichem Eifer und Können umgangen wurden, während der dringend notwendige Aufbau eines demokratischen Systems des Breitensports in den fünf neuen Bundesländern eigens aus dem Vertragsentwurf entfernt wurde.

Das Versagen der Bundesregierung ist so offenkundig, daß sie sich am allerwenigsten zum Ratgeber eignet.

Die SPD hat seit langem die Förderung des Hochleistungssports durch den Staat an die Voraussetzung gebunden, er müsse den Grundsätzen der Humanität genügen. Als sportpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion habe ich schon vor Jahren im Sportausschuß des Deutschen Bundestages und öffentlich, einen "totalen und wirksam kontrollierten Verzicht" auf Doping bei uns gefordert, gleich ob dadurch die "Chancengleichheit" im internationalen Vergleich berührt werde.

Nur wenn wir "reinen Tisch" gemacht haben, werden wir mit Glaubwürdigkeit - allerdings notwendige - internationale Regelungen fordern und mitbewirken können

Die neue Stärke des vereinten Deutschlands im Sport wird für viele nur in Medaillenspiegeln ablesbar sein. Für die SPD sollte sie vor allem auf den Gebieten von Ethik, Moral, Fairneß und sozialem Engagement im Sport sichtbar werden. Die Vergangenheit zeigt den Bedarf dafür, die gegenwärtige Situation muß als Chance begriffen werden. Es gibt Medaillen im Sport, die besonders glänzen. Und die sind noch zu holen.

(-/2. Januar 1991/rs/fr)
